

An

Karlstraße 17  
48282 Emsdetten  
Kreissparkasse Steinfurt  
IBAN: DE64 4035 1060 0000 1889 22

**Fraktionsvorsitzender**

Uwe Warda

Tel: 0176 / 62419958

Mail: uwe.warda@icloud.com

Emsdetten, 15.12.2024

Entwurf (es gilt das gesprochene Wort)

## Haushaltsrede (16.12.2024) Für eine sozial gerechtere Stadt

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,  
sehr geehrte Damen und Herren,

bevor ich mich größeren Themen widme, möchte ich beispielhaft auf etwas hinweisen, dass oft nur als Wirtschaftsförderung für den Handel in der Innenstadt oder einfach nur als „zu teuer“ angesehen wird:

### **Die Sitzmöbel in der City**

Aus linker Sicht sind sie auch etwas Anderes.

Sie sind die Möglichkeit für alle Menschen in Emsdetten sich in der Innenstadt oder Deitmars Hof aufzuhalten, egal ob sie das Geld haben sich in ein Café zu setzen oder nicht.

Sitzmöbel in der Innenstadt ermöglichen **Teilhabe am sozialen Leben der Stadt**.

Es wär wünschenswert, wenn diese vermeintlich kleinen Dinge in den Städten und Gemeinden - wie vieles Andere - nicht nur finanzierbar wären, wenn es dafür zusätzliches Geld aus dem Land oder dem Bund geben würde.

Eine auskömmliche Gemeindefinanzierung muss auch **Investitionen in soziale Teilhabe** beinhalten ohne dass wir auf unzuverlässige Fördermittel angewiesen sind.

Und damit komme ich zu größeren Ausgabeposten und deren Finanzierungsproblemen.

### **Bildung und Chancengleichheit fängt im Kindergarten an.**

Dort wird die Grundlage gelegt um Kindern bessere Zukunftschancen zu geben, egal welchen familiären Hintergrund sie haben.

Dazu sind viele Investitionen nötig.

Ob es neue Kindergärten sind oder - noch wichtiger - die Erzieherinnen und Erzieher.

Deren Stellen machen den größten Teil der Personalkostensteigerung im Haushalt aus.

Das ist gut so. Sie sind nicht zu ersetzen. Wer pauschale Kürzungen im Personalhaushalt fordert, sollte sich das vor Augen führen.

Damit sich alle Familien die Beiträge für KiTa, Kindergarten und OGS leisten können, haben wir eine Beitragsstaffel beschlossen, um Familien mit geringem oder normalem Einkommen zu entlasten.

Dies missfällt der CDU bis heute, denn um dies finanzieren zu können, werden wohlhabendere Familien mit über 90.000 Euro Jahreseinkommen stärker belastet.

Nun will die CDU die vom Land errechneten Kostensteigerungen nicht an die Eltern der Kindergartenkinder weiterreichen.

Als Linke hätten wir gerne eine vollständig kostenlose Bildung vom Kindergarten bis zum Uni-Abschluss. Davon sind wir aber leider weit entfernt und müssen die gesetzlichen Vorgaben umsetzen und in der Stadt reparieren, wo uns dies möglich ist.

Wir haben deshalb eine Null-Runde für Familien bis zu einem Einkommen von 60.000 Euro vorgeschlagen. Dies hätte diejenigen entlastet, die die allgemeinen Preissteigerungen am heftigsten treffen.

Eine Null-Runde für alle, wie sie jetzt CDU und SPD bei den Elternbeiträgen beschlossen haben, gefährdet die städtischen Finanzen in den folgenden Jahren.

Und das bei weiterhin hohem Investitionsbedarf in die Schulgebäude und Turnhallen.

Es riecht nach Wahlkampfgeschenk und wird mit Zinseszinsen an alle Emsdettener\*innen weitergereicht. Wir können jetzt schon darauf warten, dass sie für den Haushalt 2026 deshalb fordern werden, die Grundsteuer für Wohngrundstücke anheben zu müssen.

## **Und wie finanzieren wir die Digitalisierung in den Schulen?**

Mit Hoffnung auf Gelder aus dem **Digitalpakt 2**.

Nach der Einigung von Bund und Ländern wird es darauf ankommen, was in den Schulen und hier besonders bei den Schüler\*innen ankommt.

**Finanzwirksam ist die Einigung bisher jedenfalls nicht.**

Mit der **Ablehnung einer Stiftung** - wie sie von uns angeregt wurde - oder eines **Spendenfonds** haben Sie die Chance verpasst eine unabhängige Finanzierungsmöglichkeit für eine langfristige Digitalisierungsstrategie aufzubauen.

**Ein Abwälzen von Kosten auf die Eltern werden wir ablehnen.**

Dies wäre unsozial und würde zur Benachteiligung ärmerer Kinder führen.

**Lernmittelfreiheit verstehen wir umfassend vom Buch bis zum Tablet.**

Beides ist bisher nicht gewährleistet.

## **Grundrecht auf eine bezahlbare Wohnung.**

Das vergangene Jahr war geprägt von **heftigen wohnungspolitischen Debatten**.

Dem richtigen Beschluss für eine erhöhte Quote für geförderten Wohnungsbau folgte sogleich das Einknicken beim ersten Investorenprojekt auf dem Hof-Recker-Gelände.

Hier sollte die **KiTa-Erweiterung gegen sozialen Wohnungsbau** ausgespielt werden.

Als Linke haben wir von vornherein klar gemacht, dass wir dieses Projekt ablehnen werden, wenn es bei einem niedrigen Anteil von gefördertem Wohnungsbau bleiben werde.

Da CDU und UWE hier insgesamt weniger Wohnungen haben wollten und diesem Projekt nicht zustimmen wollten, hat sich unsere klare Linie ausgezahlt. Der Investor hat nachgelegt.

Sie werden sagen: Was sind schon 2 Wohnungen mehr?

Wichtiger ist jedoch das **Zeichen**:

**Ratsbeschlüsse müssen für alle gelten.**

Ratsparteien haben mit ihrem **wankelmütigen Verhalten** zu Verunsicherung und Verzögerungen beigetragen.

**So ein Verhalten gefährdet das Vertrauen in die Politik.**

Was Emsdetten noch immer fehlt ist ein **Konzept für eigenen städtischen Wohnungsbau.**

Die Linke hat dazu den Vorschlag gemacht eine **städtische Wohnungsbaugesellschaft** zu gründen.

Auch sollten **städtische Wohnbaugrundstücke nur noch in Erbpacht** vergeben werden. Dies hilft die Einstandskosten beim Wohnungsbau zu senken. Das ist bei steigenden Produktionskosten für die Bauwilligen eine Entlastung und für die Stadt die Gewähr, dass spätere Generationen weiterhin auf Bauland zugreifen können.

**Es geht darum bezahlbaren Wohnraum zu schaffen, den über die Hälfte der Emsdettener\*innen benötigen.**

Die aktuelle Politik hat zwar einen weiteren Abbau von gefördertem Wohnraum verhindert, aber die Verluste der letzten Jahrzehnte werden in keiner Weise kompensiert.

Der Luxuswohnungsbau der letzten Jahrzehnte half nur den Gewinnen der Investoren.

**Wir brauchen eine nachhaltige Strategie für die Schaffung bezahlbarer Wohnungen in Emsdetten.**

Ich möchte daran erinnern, was der Anlass für die **Rekommunalisierung der Reinigung** war und ist.

Massive **Beschwerden über das Reinigungsergebnis privater Firmen** hatten bereits dazu geführt, dass die Stadt sich gezwungen sah einen **Reinigungsmeister** einzustellen.

Was natürlich nicht im Sinne der Fremdvergabe von Dienstleistungen ist.

**Der Erfolg war mäßig.** Der städtische Reinigungsmeister hat nämlich keine Weisungsmöglichkeiten gegenüber den privaten Reinigungskräften vor Ort. Nur während der **Pandemie** waren die Nutzenden der Gebäude mit den Reinigungsergebnissen zufrieden.

**Das hat das Doppelte gekostet.**

Folgerichtig hat der Rat beschlossen erste Gebäude wieder **von eigenem Personal putzen zu lassen.**

Und siehe da, es zeichnet sich ein **Erfolg** ab.

Es war kein Problem **Reinigungskräfte zu finden.**

Die betreuten Gebäude sind **sauber.**

**Die Löhne sind fair.**

Die Ablehnung der Eigenreinigung durch CDU, UWE und FDP spiegelt die konservative Grundeinstellung wieder, das Alte zu bewahren und nichts Neues zu wagen.

Kommen wir zu den **Einnahmemöglichkeiten** der Stadt

Hier sind die wichtigsten Stellschrauben die Hebesätze der **Gewerbsteuer** und der **Grundsteuer B**.

Mit großer Mehrheit wird der **Gewerbsteuersatz gleich** bleiben.

**Auch hier träumen einige von einer Senkung zugunsten der Wirtschaft zu Lasten der Aufgaben, die die Stadt für alle zu erfüllen hat.**

**Innerhalb der Grundsteuer B** gibt es gewaltige Verschiebungen zu Lasten der Wohngrundstücke und zu Gunsten der Gewerbegrundstücke.

Das Gesetz können wir nicht ändern, aber wir hätten die gesetzliche **Möglichkeit unterschiedliche Sätze für Wohn- und Gewerbegrundstücke** festzulegen.

Beide Gruppen würden dann jeweils das Gleiche zahlen wie vor der Reform.

Leider traut sich die Mehrheit im Rat nicht **diese gerechte Aufteilung** zu beschließen. Wirtschaftskreise drohen mit Prozessen.

**Wir lehnen eine einheitliche Grundsteuer B ab.**

**Sie wird die Wohngrundstücke übermäßig belasten bei gleichzeitiger Entlastung der Gewerbegrundstücke.**

**Sozial gerecht ist das nicht.**

**Der Wirtschaft in Emsdetten geht es gut.**

**Den städtischen Finanzen nicht.**

**Und dennoch sieht der Haushaltsentwurf eine finanzielle Entlastung der Wirtschaft vor.**

**Viele Möglichkeiten für eine sozialere Gestaltung des Haushalts wurden nicht genutzt.**

**Unter diesen Aspekten können wir den Haushalt nur ablehnen.**

Uwe Warda